

24. II. 1916

Dr. Max Baumbach

Tägliche Rundschau

Donnerstag, 24. Februar 1916

Zensurdebatte im Abgeordnetenhaus.

Gefennzeichenen brüllen vor Mut. Aber das Haus jubelt; was Freiherr v. Zedlitz gesagt hat, ist ihm in der Tat aus der Seele gesprochen...

werden. Ansprachen des Obersten Kriegsherrn wurden zurückgehalten. Die Entschuldigungen, die man zugunsten der Zensur anführt, beweisen mir nur, daß das Gesetz veraltet ist.

14. Sitzung. Mittwoch, den 23. Februar.

Zweite Beratung des Haushaltsplans.

(Achter Tag.)

Belagerungszustand, Pressefreiheit, Pressenaufsicht.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Abg. v. d. Osten (kons., fortsetzend): Die Zensur kann in dieser Zeit nicht entbehrt werden. Bei der Beurteilung ihrer Wirkungen muß man alle kleinsten Gesichtspunkte, alle Einzelheiten ausschalten und den Blick aufs Ganze richten.

Parteilichkeit kann man der Zensur nicht vorwerfen. Ihre Sonne scheint über Flau- und Scharfmacher. Wenn man selbst der „Christlichen Freiheit“ Traubs, einem evangelischen Sonntagsblatt, in mehreren Fällen nicht erlaubte, anderweit erschienene Aufsätze oder Angriffe, ohne jeden Zusatz, nachzudrucken, kann man daraus entnehmen, welche Erfahrungen die politischen Tagesblätter machen müssen.

Abg. Bacmeister (nl.): Die Aufhebung des Belagerungszustandes lehnen wir ab. Auffallend war es, daß in dem Augenblick, wo wir über die Zensur sprechen, Herr Stull nach der Polizei ruft, nach einer zweiten Verhörung.

Wirkung der Suggestion

genügend berücksichtigt? Leider nein! Man soll aber solche Machtfaktoren nicht unterschätzen. Wie Bismarck es verstanden hat, aus der Chamade eine Fanfare zu machen, so sollte auch unsere Regierung diese Kräfte nützen.

Abg. Weinhausen (fortsetz. Sp.): Alle übrigen Parteien des Hauses und darüber hinaus auch der weitaus größte Teil der Sozialdemokraten werden sich durch die Ausführungen des Abg. Ströbel tief verletzt gefühlt haben.

Bei der Zensur werden ganz zweifellos politische Tendenzen verfolgt, trotz der Systemlosigkeit, die sie im allgemeinen zeigt. Auch sonst ist über manches zu klagen. So lehnte ein Generalkommando die Genehmigung zum Abdruck von Artikeln aus der „Frankfurter Zeitung“ ab, weil nur das abgedruckt werden dürfte, was in Berlin zensuriert sei.

Ueber die militärische Zensur wird nirgend geklagt. So verständlich ist jeder, ihre Notwendigkeit einzusehen.

Artikel von Heinrich Cioch.

dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, der gänzlich un-militärisch war, sich aber in anderen Richtungen bewegte als die Politik des Reichstanzlers, sollte nicht nachgedruckt werden, sehr bald ging eine Anweisung des Oberkommandos hinaus, daß Abdruck und Besprechung verboten würden.

Grenzen der Verantwortlichkeit des Reichstanzlers

dargelegt. Verfassungsmäßig mag das sehr zutreffend gewesen sein. Aber warum soll nicht der Reichstanzler, warum soll nicht Herr v. Jagow ebenso wie der Minister des Innern seine Zensurmaßnahmen vertreten?

Unsumme von Verärgerung

wegen der Ablehnung der Verantwortung gegen eine Persönlichkeit richten, die wir unter allen Umständen gegen eine derartige politische Inanspruchnahme und Verdächtigung schützen wollen. Es sind nicht etwa untergeordnete Organe, denen die Schuld an den schwersten Mißgriffen zugemessen ist.

eine neue Politik der Veröhnung

kommen. Gott sei Dank ist die Einheit des Volkes in einer Weise gekommen, wie sie niemand von Ihnen (zu der Rechten) vorausgesehen hatte. Wir haben niemals daran gezweifelt. (Sehr wahr! links.) Auch wir leiden recht schwer unter dem Verzicht auf die Grundrechte der Freiheit der Persönlichkeit unter der freien Meinungsäußerung, wie sie seit Kriegsausbruch infolge des Belagerungszustandes bestehen.

Auch wir müssen über die Zensur klagen.

Ihre Anwendung sollte auf die allernotwendigsten Fälle beschränkt werden. Wir stimmen den Ausschlußanträgen zu mit Ausnahme der Nummer 2, die verlangt, daß die Erörterung der allgemeinen Richtlinien unserer Friedensziele tunlichst freigegeben werde.

Das Hauptübel scheint uns die fortgesetzte Ausdehnung der Zensur auf immer neue Gebiete zu sein. Heute gibt es kein Gebiet, wo nicht die Zensur waltet. Hohe Beamte und selbst Privatpersonen werden gegen Kritik geschützt. Ja, die Zensur richtet selbst Angriffe gegen einflussreiche Behörden. Bundesratsverordnungen werden von den kommandierenden Generälen durchkreuzt.